

Weil sie die Bautätigkeit behindern, will der Kanton Appenzell Ausserrhoden die kommunalen Ortsbildschutzzonen abschaffen. Politiker wollen damit das Bevölkerungswachstum ankurbeln, der Heimatschutz befürchtet die Zerstörung der Dorfbilder.

«Ein Freipass für die Baulobby»

DANIEL KLINGENBERG

HERISAU. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR) wirbt mit «Klein-Slogans». Zum Beispiel: «Klein, aber tüchtig». Und: «Klein, aber ausbaufähig». Was sehr zutreffend ist. Denn das Bevölkerungswachstum in Ausserrhoden betrug zwischen den Jahren 2000 und 2013 gerade mal 370 Personen oder 0,7 Prozent. Zum Vergleich: Allein zwischen 2012 und 2013 wuchs die Bevölkerung im Kanton St. Gallen um 1 Prozent, im Thurgau um 1,5 Prozent.

Regierung und Kantonsrat wollen nun im harten Wettbewerb der Kantone um Zuwanderer bessere Bedingungen schaffen und haben ein Hindernis für das Wachstum identifiziert: die kommunalen Ortsbildschutzzonen. «Ihnen haftet das negative Image an, die bauliche Entwicklung und die Erneuerung bestehender Bauten zu behindern», schreibt der Regierungsrat. Mit der Teilrevision des Baugesetzes, deren zweite Lesung im September in den Kantonsrat kommt, sollen sie daher abgeschafft werden. Norbert Näf, Vorsitzender



Ein Dorf mit Wachstumsbedarf: Wald AR. Die Ortschaft hat heute weniger Einwohner als 1990.

Bilder: Michel Canonica

«Für Investoren ist der kommunale Ortsbildschutz ein Hindernis zum Kauf.»

Norbert Näf
CVP-Kantonsrat AR

der kantonsrätlichen Kommission der Baugesetzrevision, sagt: «Mit der Aufhebung der kommunalen Ortsbildschutzzone geht es um eine Gesamtsicht für die positive Entwicklung des Kantons, was Aufgabe des Kantonsrates ist. Gemeinden mit wenig attraktiven Rahmenbedingungen sollen damit eine grössere Chance auf Zuzüger und vernünftige Bautätigkeit bekommen.»

«Gehen in anderen Kanton»

Wenig attraktive Gemeinden für Zuwanderer, so zeigt die Bevölkerungsstatistik, sind beispielsweise Wald und Grub. Näf beschreibt die Mechanismen, die sich an solchen Orten abspielen: «Heute ist es oft so, dass interessierte Einzelpersonen und Investoren im Internet sehen, dass potenzielle Immobilien dem kommunalen Ortsbildschutz unterliegen. Das ist für sie ein Hindernis zum Kauf, weil sie denken, eine bauliche Veränderung sei schwierig. Das hat zur Folge, dass Investoren in einen anderen Kanton gehen.»

Der Heimatschutz hat eine andere Sichtweise zur geplanten Aufhebung. «Das ist ein Freipass für die Baulobby und eine Bedrohung für die histori-



Grub AR: Die 1000-Seelen-Gemeinde im Appenzeller Vorderland braucht im Dorfkern Bautätigkeit.

sche Bausubstanz», sagt Heinz Naef, Präsident des Heimatschutzes AR.

Es droht eine Volksabstimmung

Zwar soll es weiterhin geschützte Flächen in den Dörfern geben: Statt dem Ortsbildschutz ist eine Kernzone geplant. Wer dort bauen will, muss sich von Fachleuten beraten lassen. Die Kernzone, über welche die Ge-

meinde selber entscheiden kann, ist deutlich kleiner als die bisherige Schutzzone. Heinz Naef: «Werden die Ortsbildschutzzonen aufgehoben, gibt es in den Flächen, die nicht zur Kernzone gehören, keine Schutzbestimmungen mehr.» Er kündigt Widerstand an. «Mit unserer Opposition wollen wir die Zerstörung unserer Dorfbilder verhindern. Falls die Teil-

revision in dieser Form die zweite Lesung passiert, wird der Heimatschutz das Referendum prüfen.» Damit dieses zustande kommt, braucht es 300 Unterschriften.

Naef bezweifelt zudem, dass wegen der Ortsbildschutzzonen nicht gebaut wird. «Das liegt meist an den schlechten Standorten dieser Bauten im Durchgangsverkehr. Sie haben zu-

dem kaum Umschwung, wenig Sonne und werden mit überzogenen Preisen angeboten, so dass eine Renovation zu teuer wird.»

Denkmalpflege will Qualität

Denkmalpfleger Fredi Altherr, der im Internet «20 Fragen und Antworten» zum Thema veröffentlicht hat, befürwortet zwar die Bautätigkeit. Er koppelt diese aber mit einem Anspruch: «Ich denke, dass ein Bevölkerungszuwachs in den Dörfern durch Renovationen mit guter Qualität angestrebt werden soll, nicht durch vorwiegend renditeorientiertes Bauen an den Ortsrändern. Beispiele dafür zeigt die Organisation «Forum Appenzellerhaus.» Gute Qualität heisst: «Bei nachhaltigen Renovationen geht es darum, dass Schindelfassaden nicht durch Faserzement und Fenster mit Kunststoff oder Aluminium ersetzt werden. Damit bleiben die Bauten erstens authentisch, statt zu Kullissen ihrer selbst zu verkommen, zweitens stärkt das auch die handwerkliche Tradition und das Gewerbe dieser Region.» Für ihn spielt es keine Rolle, ob die Gesetzesänderung kommt: «Die Pflege und qualitativolle Entwicklung hängt letztlich vom politischen Willen der kommunalen Behörden ab. Da gibt es positive und negative Beispiele.»

Besänftigung mit Kompromiss

Bisher beschäftigt die Abschaffung der Ortsbildschutzzonen erst regionale Politiker und Insider, vereinzelt gibt es erboste Leserbriefe. Aber die Opposition könnte wachsen. Zeichen dafür ist beispielsweise ein Podium, das die Fachzeitschrift «Hochparterre» in Trogen veranstaltet. Auch Norbert Näf ist bewusst, dass die Diskussion öffentlich werden könnte. Er möchte vor der entscheidenden zweiten Lesung der Teilrevision einen Kompromiss erreichen. «Ich habe ein Stück weit Verständnis für die Opposition des Heimatschutzes. In den kommenden Wochen suchen wir das Gespräch mit ihm und der Stiftung Ortsbild Herisau.» Er hat auch ein Angebot in der Tasche. «Eine Möglichkeit wäre, die Beratungspflicht in den Dörfern von der Kernzone auszuweiten auf das gesamte Siedlungsgebiet, das vor 1971 entstanden ist.»

Für Baudirektor Jakob Brunnschweiler hingegen ist die jetzige Version schon ein Mittelweg. «Der ausgearbeitete Vorschlag ist ein guter Kompromiss. Die Kernzone ist einerseits etwas kleiner als die kommunale Ortsbildschutzzone, was Bauerleichterungen mit sich bringt. Andererseits ist der Schutz und Support durch die Beratungspflicht in der kleineren Fläche grösser.»

Eine neue Bahnstrecke, die Arbon und St. Gallen direkt verbinden soll, hat die erste Runde beim Bund überstanden. Nun konkretisiert die Südostbahn im Auftrag des Bundesamtes für Verkehr das Projekt. Ob die Strecke je gebaut wird, ist ungewiss.

Neue Bahnstrecke nimmt erste Hürde

SEBASTIAN KELLER

Es ist ruhig geworden um die Vision einer direkten Bahnstrecke von St. Gallen nach Arbon. Vom Tisch ist sie aber nicht. Im Gegenteil: Unterdessen wurde sie gar etwas wahrscheinlicher. Das Bundesamt für Verkehr hat eine erste Prüfung vorgenommen und die Signale für eine weitere Bearbeitung auf grün gestellt. Dass die Neubaustrecke die erste Hürde überwunden habe, bestätigt Andreas Bieniok, Leiter des kantonal-st. gallischen Amtes für öffentlichen Verkehr.

Konkret geht es darum, die bestehende Strecke ab Wittenbach über eine neue Strecke nach Steinach zu verlängern. Damit würde eine direkte Verbindung vom St. Galler Kantons-

hauptort an die Thurgauer Stadt am Bodensee möglich. Heute dauert die schnellste Verbindung mit dem öffentlichen Verkehr – einem Schnellbus – 25 Minuten. Mit einer direkten Bahnverbindung schrumpfte die Reisezeit wohl auf unter 15 Minuten.

Offene Fragen klären

Diesen Mittwoch trafen sich Vertreter des Bundesamtes für Verkehr und der Südostbahn (SOB). Das sagt Bahnsprecherin Ursel Kälin. Dabei besprachen sie einen Studienauftrag. In diesen konkretisiert die Südostbahn – sofern das Bundesamt den Auftrag definitiv erteilt – bis zum Spätherbst dieses Jahres das Projekt einer Neubaustrecke so, dass die Baukosten genügend genau abgeschätzt werden können. Auch muss die SOB

klären, welche Gemeinden und weitere Interessengruppen einzubeziehen sind. Zudem gilt es, die Machbarkeit aufzuzeigen. Eine 2014 veröffentlichte ETH-Studie kam zum Schluss: Eine Neubaustrecke zwischen Arbon und St. Gallen ist grundsätzlich machbar. Kostenpunkt: 80 bis 100 Mio. Franken.

Das Bundesamt für Verkehr unterzieht die SOB-Studie, sobald sie vorliegt, einer Analyse. Dann wird sich zeigen, ob die Bahnstrecke St. Gallen-Arbon immer noch eine Chance hat, im Rahmen des Ausbaus 2030 realisiert zu werden. Für diesen sind für Projekte in der ganzen Schweiz rund sieben Milliarden Franken eingeplant. Gebaut wird aber nur, was sich langfristig finanzieren lässt und einen Katalog voller Kriterien erfüllt.

In der ersten Sichtung beurteilte das Bundesamt rund 300 Projekte aus der ganzen Schweiz. Darunter finden sich auch neue Haltestellen und mehr Verbindungen. Laut Ursel Kälin ist Wittenbach-Steinach aber die einzige Neubaustrecke auf dem Normalspurnetz, die eingereicht wurde. Im Jahr 2017 soll eine Vernehmlassung durchgeführt werden. Später ist das Bundesparlament am Zug.

«Viel Überzeugungsarbeit nötig»

Die Idee einer direkten Bahnverbindung von Arbon-St. Gallen hatte die Trägerschaft des Agglomerationsprogramms St. Gallen/Arbon-Rorschach im Mai 2014 ins Gespräch gebracht. Sie hatte auch die ETH mit der Grundsatzabklärung betraut. Geschäftsleiter Rolf Geiger findet die

Idee nach wie vor gut. Er sagt aber auch: «Wir müssen noch viel Überzeugungsarbeit leisten.» Auf Kantonsebene bekam die Idee jüngst Rückenwind: Fünf Fraktionen des St. Galler Kantonsrates hatten sich in einem Vorstoss für eine weitere Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Region stark gemacht. Die neue Bahnlinie erwähnen sie darin explizit. Die Regierung, die den Vorstoss ebenfalls begrüsst, muss nun in einem Bericht weitere Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ob die Strecke je gebaut wird, ist heute aber noch ungewiss. «Es geht Schritt für Schritt vorwärts, wobei das Projekt am Schluss in einer Gesamtbewertung und Priorisierung nach den Kennzahlen bestehen muss», sagt Andreas Bieniok.